

Pressemitteilung

München, den 10. November 2016

Weiterentwicklung des Gymnasiums - Diskussion um G8/G9

Maly: „Die Kommunen brauchen Sicherheit beim Ausbau von Gymnasien“

„Die Kommunen brauchen eine klare Entscheidung über die Laufzeit des Gymnasiums. Die Sachaufwandsträger müssen wissen, ob das Gymnasium nun auf acht Stufen oder neun Stufen angelegt wird. Die Kommunen brauchen Sicherheit für die Planung bei Bau oder Ausbau von Gymnasien“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. Derzeit laufen Gespräche des Kultusministeriums mit kommunalen Spitzenverbänden, Lehrerverbänden und Elternverbänden zur Weiterentwicklung des achtjährigen Gymnasiums (G8) auf der Basis der Eckpunkte des Bayerischen Ministerrats.

Auf Antrag soll wieder eine längere Lernzeit am Gymnasium möglich werden. An einem Gymnasium mit neunjähriger Lernzeit (G9) sollen gleichzeitig individuelle Verkürzungsmöglichkeiten angeboten werden, um das Abitur in acht Jahren abschließen zu können. Maly: **„Die derzeit diskutierten Optionen öffnen viele Modelle, die an Gymnasien gleichzeitig laufen könnten: Es gibt ein G8 in Reinform. Es soll ein G9 in Reinform geben, das aber nicht so genannt wird. Und es soll ein G9 geben, das verkürzt in acht Jahren mit dem Abitur abgeschlossen werden kann – früher hat man das Überspringen genannt. Dann soll es noch ein G8 plus geben, auf dem man nach neun Jahren zum Abitur kommen kann - früher hat man das Durchfallen genannt.“**

Maly: **„Vom Kultusministerium war bislang noch wenig Klärendes zu hören. Die zentrale Frage der Planbarkeit bleibt offen. Die Kommunen brauchen Klarheit: entweder die Weiterführung des G8 oder die Rückkehr zum G9. Die Möglichkeit zur Mitsprache von Schülern, Eltern und Lehrer für die individuelle Verlängerung der Lernzeit klingt zunächst verlockend, zieht aber bei der Organisation und bei der Umsetzung des Raumprogramms und beim Bau neuer Gymnasien praktische Probleme für die Kommunen nach sich. Diese Aspekte müssen in der vom Ministerium organisierten Dialogphase erörtert werden.“**

Die Reform des Gymnasiums soll nach den Vorstellungen der Staatsregierung innerhalb von zwei Jahren auf den Weg gebracht werden. Die aktuelle Dialogphase des Kultusministeriums soll bis Ende 2016 abgeschlossen sein. Die Entscheidungen über die Reform werden dann vom Ministerrat und vom Landtag getroffen. Bis Ende des Schuljahres 2016/17 sollen die rechtlichen Fragen geklärt sein und die Reform-Entwürfe erarbeitet und beschlossen werden. Die sogenannten Schulfamilien an den jeweiligen Gymnasien sollen im Schuljahr 2017/18 Zeit zur Meinungsbildung erhalten, ob ein Antrag auf Einführung der verlängerten Lernzeit gestellt werden soll. Ab dem Schuljahr 2018/19 soll die Umsetzung erfolgen. Die Umstellung kann von jedem Gymnasium und seiner Schulfamilie mit einem individuellen Antrag angestoßen werden.

Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit soll die Einstimmigkeit der Schulfamilie sowie die Zustimmung des kommunalen Schulaufwandsträgers sein. Die Genehmigung des jeweiligen Antrags will sich das Kultusministerium vorbehalten.

In der bisherigen Pilotphase mit 47 Pilotschulen haben sich 60 bis 70 Prozent der Eltern und Schüler für eine verlängerte Lernzeit entschieden.